

Reformen nötiger denn je

Verband fordert „Desindexierung“ der Luxemburger Wirtschaft

VON RONNY WOLFF

Die Tripartite naht, und die Meinungen der Teilnehmer nehmen immer mehr Form an. Gestern hat die UEL ihre Forderungen mit ihrem alljährlichen „Annuaire de la compétitivité“ bekräftigt. Die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs geht weiter zurück, und strukturelle Reformen seien nötiger denn je, um die hohe Lebensqualität in Zukunft zu erhalten. Die „Desindexierung“ der Luxemburger Wirtschaft, eine bessere Arbeitspolitik und eine differenzierte Auszahlung von Sozialleistungen sind einige der Pisten, die von der UEL gestern präsentiert wurden.

Dass die Veröffentlichung des „Annuaire de la compétitivité“ wenige Tage vor der Tripartite erfolgt, sei wirklich nur ein Zufall, betont Nicolas Soisson, Präsident der Arbeitsgruppe „Affaires économiques“ der UEL. Am 1. Dezember werden sich Vertreter des Patronats, der Gewerkschaften und der Politik treffen, um Lösungen für die strukturellen Probleme Luxemburgs zu finden.

„Unsere Wettbewerbsfähigkeit hat sich in einigen Punkten weiter verschlechtert“, warnt Soisson. Im internationalen Vergleich verlor Luxemburg wieder an Boden – im Global Competitiveness Index (der 142 Länder beinhaltet) fiel Luxemburg von Rang 20 auf 23 zurück. Vor allem gegenüber unseren direkten Nachbarn – und Konkurrenten – sind Lohnkosten und Inflation wieder stärker gestiegen. Dies schädigt dann auch die Position Luxemburgs: 80 Prozent der Einnahmen werden auf internationalem Parkett erwirtschaftet, so die Vertreter der UEL.

Das „Annuaire“ wird seit 2005 von der UEL herausgebracht. Das Werk hat als Ausgangspunkt den Rapport Fontagné und es beruht auf nationalen wie auf internatio-



Der Präsident der Arbeitsgruppe „Affaires économiques“ der UEL, Nicolas Soisson (l.), und UEL-Direktor Pierre Bley erhoffen sich von der nächsten Tripartite Lösungen für die strukturellen Probleme Luxemburgs. (FOTO: GERRY HUBERTY)

nalen Statistiken. Es ist in den Buchhandlungen erhältlich und kann auf der Webseite der UEL unter der Rubrik „Prises de position“ heruntergeladen werden.

Die UEL analysiert in ihrem „Annuaire“ 23 Komponenten, die von Lohnkosten über Energiepreise reichen. Im Bereich der Kosten sind vor allem Inflation und Lohnkosten zum Problem geworden.

Inflation und Gehälter steigen stärker als im Ausland

Gegenüber dem Jahr 2000 sind die Lohnkosten in Luxemburg um 32 Prozent gestiegen. In Frankreich und Belgien wuchsen in den letzten zehn Jahren die Gehälter um weniger als 25 Prozent. Die Löhne des größten Handelspartners Deutschland seien sogar nur um sieben Prozent gestiegen. Deutschland hat auch seine Infla-

tionsrate besser im Griff. Hierzulande steigen die Preise 2011 wohl um 3,5 Prozent, in Deutschland wird es wohl ein Prozentpunkt weniger sein.

Aber auch in Bereichen wie Ausbildung oder Forschung und Entwicklung gebe es noch viel Potenzial. Es sei in diesen Bereichen aber schon viel geschehen, gesteht Soisson.

„Die Wettbewerbsfähigkeit ist ein Mittel zum Zweck und dient dazu, unseren hohen Lebensstandard zu erhalten“, erläutert Soisson. Die „indexierte Wirtschaft“ ist in Luxemburgs Fall das größte Problem. Dabei gehe es nicht nur darum, dass die Löhne mit jeder Indexanpassung automatisch steigen, so Soisson. Vor allem werden viele andere Bereiche automatisch mit angepasst, wie z.B. Dienstleistungen von Behörden, Mieten oder Sozialleistungen. Dies freue

zwar die Verbraucher, aber es belaste die Unternehmen besonders stark, die bei jeder Anpassung eine Vielzahl von Mehrausgaben bewältigen müssen. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität Luxemburgs zu verbessern, sei die einzige Möglichkeit, unseren Lebensstil zu finanzieren. „Wenn wir die höchsten Löhne, Pensionen und Sozialleistungen ausbezahlen wollen, müssen wir die Besten sein“, warnt dagegen Jean-Jacques Rommes. „Wenn wir uns mit dem Mittelmaß zufrieden geben, dann müssen sich die Sozialleistungen auch anpassen“, so der ABBL-Direktor.

Die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten Jahre sind nicht ermutigend. „Spätestens jetzt müssen wir die Lehren der Analysen ziehen, um die Wirtschaft langfristig abzusichern“, bekräftigt Soisson.